Die mieterfeindliche SPD. am Pranger!

Werktätige Mieter, lest dies hier! Heftet es an in euren „Wanzenburgen"

„Vorwärts"hetze gegen Mieterstreik

Werktätige Mieter stehen gegen die unerträglichen Mietverhältnisse zu Zehntausenden in ganz Berlin im Streik. „Erst das Essen, dann die Miete!" Diesen ihren Kampf und solche glänzenden Erfolge wie im Haus Molkenmarkt 1 und in der Markusstr. 5 versucht indes der „Vorwärts" herabzusetzen mit seinem schlimmsten Schmähwort: „Kommunistische Manöver".

Der sozialdemokratische Reichsbund Deutscher Mieter erhebt sogar eine offen verräterische Drohung: „Vor Mieterstreiks wird gewarnt!" Die maßlose Not der Mieter, den Hunger und das Siechtum leidender Kinder, derentwegen den Mietern nur der eine Weg des Streiks blieb, wagt die sozialdemokratische „Allgemeine Berliner Mieter-Zeitung" vom 1. Oktober mit folgendem Hohn zu glossieren: In Fällen des Mieterstreiks bestehe die Gefahr, „daß der Mieter den zurückbehaltenen Teil der Miete für andere Lebensbedürfnisse verbraucht und später gar nicht mehr in der Lage ist, den Mietrest nachzuzahlen"!

Sie lügen! Sie lügen!

Das ist das Gesicht der sozialdemokratischen Mieterpolitik: schlimmste Mieterfeindlichkeit. Da aber der Kampf der Mieter sich in einheitlicher Front ausdehnt zur Massenbewegung, versuchen es jetzt diese mieterfeindlichen Taschenspieler vom „Vorwärts" und vom Reichsbund, den Werktätigen vorzugaukeln, daß

„die Sozialdemokratie, die auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der einzige ernsthafte Vorkämpfer für die Interessen des arbeitenden Volkes ist, schon seit langem auf Abhilfe (in der Mieterfrage) gedrängt hat".

Wie sehen die Vorkämpfer aus? Die Gauner vom „Vorwärts", die heute in unverschämter Weise unter den werktätigen Mietern auf Stimmenfang gehen, werden durch ihre eigenen mieterfeindlichen Taten geradezu geohrfeigt!

Severing beseitigte Hauszinssteuerstundung

War es nicht die geschäftsführende Regierung Braun-Severing in Preußen, die am 8. Juni 1932 eine „Verordnung zur Sicherung des Haushalts" erließ, die die Hauszinssteuerstundung völlig beseitigte?!

Denkt an die Hauszinssteuer überhaupt! Unter Eberts Herrschaft entstand sie — zu Lasten der Mieter — durch das Aufwertungsgesetz von 1924. Auf 45 Prozent der Friedensmiete erhöhte sich im April 1927 diese Steuer.

Durch sie zahlen die werktätigen Mieter eine jährlich um 2 Milliarden Mark erhöhte Miete!

Das werktätige Berlin entrichtete allein im Jahre 1931 eine Hauszinssteuer-Summe von 255,9 Millionen Mark. Als die Kommunisten die Hergabe dieses Geldes zur Mietsverbilligung und zum Wohnungsbau forderte, lehnte das die SPD. ab. Aber sie gab ihre Zustimmung dazu, daß die Groß-Hausbesitzer in Berlin jährlich 85 Millionen Mark aus den Hauszinssteuer-Groschen der Mieter geschenkt bekommen.

SPD.-Geschenke an Hausbesitzer

Die SPD. gab der dritten Notverordnung Brünings vom 8. Oktober 1931 ihre Zustimmung, wonach ab 1. April d. J. der Hausbesitz 20 Prozent der Hauszinssteuer-Gelder als Geschenk erhält. Das ist in Berlin ein weiteres 50-Millionen-Opfer für die Hauspaschas.

Am 8. Dezember 1931 stimmten die SPD.-Führer ihrem kleineren Uebel Brüning bei seiner vierten Notverordnung zu, die bestimmt, daß die Hausbesitzer die gesamte Hauszinssteuer etappenweise in die Tasche stecken dürfen.

Am 16. Juni 1931 bescherten die Sozialdemokraten im Aufsichtsrat der Städtischen Wasserwerke den Berliner Mietern eine neue Belastung durch die Erhöhung des Wasserpreises! Am 11. Februar 1932 lehnten die Sozialdemokraten im Berliner Stadtgemeinde-Ausschuß den kommunistischen Antrag, die Miete in den städtischen Häusern zu ermäßigen, ab.

SPD. für Exmittierungen

Bei den Beratungen des Reichswohnungsausschusses, Mitte März d. J., stellten die Kommunisten Anträge auf Mietssenkung von Alt- und Neubauwohnungen, Mieterlaß für sozial bedrängte Mieter, Einstellung aller Zwangsexmittierungen, Wiederherstellung des Mieterschutzes und Beseitigung der Hauszinssteuer zugunsten der Mieter. Auch hier entlarvte sich die mieterfeindliche SPD. Sie stimmte nicht nur gegen die Herabsetzung der Miete, sondern brachte es fertig, selbst gegen das im Antrag geforderte Verbot von Zwangsräumungen gegen werktätige Mieter von Wohn- und Kleingewerberäume zu stimmen.

Die Kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte im Februar d. J. beantragt, daß die Hausbesitzer die durch die Ermäßigung der Stadtentwässerungs- und Straßenreinigungs- und Müllabfuhrkosten eingesparten Summen zur Herabsetzung der Mieten verwenden. Die Sozialdemokraten stimmten im Haushaltungsausschuß diesen Antrag nieder.

Als am 15. Juli Erwerbslose auf der Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes Blumenstraße gegen die Hauszinssteuer-Diktatur Severings und für die Mietbeihilfe demonstrierten, schickte SPD.-Exzellenz Severings seine Polizei und ließ schießen.

Im September d. J. verlangte ein kommunistischer Antrag für die Mieter, daß erstens in den städtischen Baugesellschaften keine Exmissionen durchgeführt werden dürfen und daß die Wohlfahrtsämter die entstandenen Gerichtskosten sowie die Mietsrückstände übernehmen müssen. Zweitens, daß in den städtischen Siedlungen die Miete für jede Wohnung um 30 Prozent gesenkt wird. Dieser Antrag wurde im Stadt-Gemeindeausschuß mit den Stimmen der SPD. abgelehnt.

Solcher Art, werktätige Mieter, ist die „Mieterfreundlichkeit" der SPD.! Der Leiter des Berliner Wohnungswesens, gegen den heute Tausende im Mieterstreik stehen, ist der sozialdemokratische Stadtrat Ezewinski. Ihr Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger, Rentner — wenn ihr Anträge auf Mietsbeihilfe gestellt habt, habt ihr immer wieder die „Mieterfreundlichkeit" sozialdemokratischer Wohlfahrtsbürokraten in der Praxis zu spüren bekommen. Schreibt uns eure Erfahrungen darüber. Diskutiert in euren Mietsversammlungen über all diese Schandtaten der SPD. gegen euch Mieter! Die mieterfeindliche SPD. zahlt heute um eure Stimme, eure Antwort: „Erst Essen, dann Miete — für Herabsetzung der Wuchermiete! Nur KPD., Liste 3!

Einheitsfrontaktion im Angriff

Unsere nächsten Massenversammlungen für Liste 3

Sonnabend, den 22. Oktober

Lichtenberg, Concordia-Garten, Landsberger Chaussee 118.

Adlershof, Oeffentliche Versammlung, Referent: Steinfurth.

Märchenbrunnen, Am Friedrichshain, Großer Konzertabend. Fichteorchester spielt für den Wahlfonds der KPD. Erwerbslose 40 Pfennig, Vollarbeiter 60 Pfennig.

Gesundbrunnen, Nachtveranstaltung im „Tivoli", Kolberger Straße 93, 11 Uhr. Zwei Russenfilme. Eintritt 20 Pf.

Lichtenberg, Concordia-Festsäle bei Krenz, Landsberger Chaussee 118, 20 Uhr. Referent: Wilhelm Koenen, M. d. R.

Lichtenberg, Lokal Siewert, Heinrich- Ecke Margaretenstraße, 20 Uhr. Referent: Beyer.

Sonntag, den 23. Oktober

Neukölln, Filmabend der roten Sportler. 17 und 20 Uhr im Saalbau Bergstr. 117. Zwei Russenfilme. Eintritt 30 Pf.

Montag, den 24. Oktober

Lichtenberg, Frauenversammlung im Lokal Kirch, Moeller- Ecke Kantstraße, 20 Uhr. Referent: Krenz. Thema: Die Frau in der UdSSR und in Deutschland.

Kerkhorst, öffentliche Erwerbslosenversammlung, 17 Uhr, Lokal König, Treskowallee. Referentin: Gen. Klemann.

Mieterstreik auch in der Kösliner Straße!

Bürgermeister: Mieterbeschlüsse gegen SPD.-Landrat — Wilhelmsaue 7 und 8: Streik!

An der Teppichstange klopft eine Frau Läufer aus. Die Schläge knallen wie kleine Kanonenschüsse auf dem engen Hof. Im ersten Stock sitzt eine alte Frau am Fenster und beobachtet unbewegt den Hof. Auf der Treppe hat man Angst, durch die morschen Dielen zu fallen. Das ist Kösliner Straße 12. Ein Haus, das zum 1. November den Mieterstreik verbreitet.

Kösliner Straße 10, Kösliner 10 und 6 rüsten ebenfalls zum Mieterstreik. Kösliner 2 streikt schon seit 1. Oktober.

„Ich mal nach sechs rüber, da triffste den Mieterrat", wurde mir gesagt. Kurz animiert der Mieterrat auf meine Fragen: „36 Mietsparteien wohnen im Haus, davon haben fünf Arbeit, 31 sind arbeitslos. Die Mieten betragen im Hinterhaus 20 bis 22, im Vorderhaus 30 bis 33 Mark. So sind die Mieten in allen Häusern hier in der Straße." Aus der Mantelstube zieht er eine Sammelbüchse, vor umflebt. „Jetzt muß ich arbeiten gehn, sammeln für die Partei."

Vorn an der Hausfront haben die Mieter die Plakate der Antifaschistischen Aktion an die Wände geklebt. Vom Regen und Wind verwittert, hängen sie immer noch da. Aus den Bodenluken große Hakenkreuzfahnen, aus den Wohnungen Fahnen, Liste 3 ist Parole.

Nummer 2 ist das schlimmste Haus. Vorne frisch angestrichen, glänzt die Fassade; aber auf dem Hof schlägt einem Verfall entgegen. Große Schimmelflecken, zerbrochene Wasserröhren klaffen herum. Der Holzschuh der Türen, in denen man schläft.

„Schreibste meine Schulden auch auf?" ist [illegible] zum Vorsitzenden gehender, als ich einige Notizen mache. Eine Frau, die Wäsche eimerl hochgeschleppt, läuft mit dem Eimerchen über den Hof. Sie andere schleppt einen Briefkasten Kohle in die Kellerküche, ein Alter mit einem Mantel, an dem nicht zu sehen ist, ob er einmal schwarz oder grau war, jetzt ist er grün-weißgefleckt. Ein Hund laufen um Stroh herum.

Das hier sind Wohnungen, von denen Zille einmal sagte: „Man kann Menschen mit einem Beil, aber man kann sie auch mit einer Wohnung erschlagen."

Eine Frau, die ich frage, wieviel Miete sie zahlt, meint lachend: „Sorgenvoll. Wir streiken."

Die Mieter der Häuser Wilhelmsaue 7 und 8 haben einstimmig beschlossen, sofern in den Mieterrat zu wählen, die ihre Forderungen, die sie in einem Flugblatt veröffentlichen, erfüllt sind.

Die Siedlung „Die kinderreiche Familie" in Biesdorf-Süd hat gegen den rabiaten Bürgermeister, den ihnen der SPD.-Landrat Stimmungen aufgezwungen hat, Kampfmaßnahmen beschlossen.

Die Mieter des Hauses Kaiserstraße 17 treten am 20. Oktober in den Streik.

Jugendamt Kreuzberg als Gerichtsvollzieher

Spinale Kinderlähmung wütet — Jugendamt verlangt 1340 M. Krankenhauskosten von Eltern

Die spinale Kinderlähmung wütet in Berlin, eine Krankheit, die mit zu den allergefährlichsten zu rechnen ist. Bedeutet doch eine Erkrankung für das erkrankte Kind in 10 Prozent der Fälle den Tod, in 25 Prozent lebenslängliches Siech- und Krüppeltum. Nur 10 Prozent der Erkrankten werden vollkommen wiederhergestellt. Die kommunistischen Mitglieder des Stadtgemeindeausschusses haben, wie wir schon gestern mitteilten, zur Bekämpfung der Kinderlähmung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Um so notwendiger ist es, der ungeheuren Ansteckungsgefahr rechtzeitig und ausreichend vorzubeugen, was durch Schließung der Schulen und Isolierung der Erkrankten — als Mindestforderungen geschieht. Wichtiger und erfolgversprechender sind natürlich die Vorbeugungsmaßnahmen: Bessere Ernährung, bessere Pflege, ausreichende Kleidung, Verbesserung der Wohnungen usw.

Was aber einem proletarischen Vater in Berlin passiert, der sein Kind pflichtgemäß in ein Krankenhaus schicken läßt, weil zu Hause in der engen Wohnung nicht genügend Pflege vorhanden ist, wodurch die Gefahr der Uebertragung der spinalen Kinderlähmung besteht, das möge der nachfolgende Fall beweisen: Wilhelm Schulze, Falkenbergstraße 16, wird vom Bezirksamt Kreuzberg aufgefordert, sofort rückständige Schulden für die Behandlung seines an Kinderlähmung erkrankten Kindes in Höhe von 1340,10 Mark (Eintausenddreihundertvierzig Mark und zehn Pfennig) zu zahlen, andernfalls:

Für den Fall, daß Sie auch dieser Aufforderung nicht nachkommen, ist der ganze Restbetrag Ihrer Schuld sofort fällig. Wir werden alsdann — einen gerichtlichen Zahlungsbefehl in Höhe der vollen Restschuld erwirken und evtl. — im Wege der Zwangsvollstreckung (Lohnpfändung) gegen Sie vorgehen, wodurch Ihnen nicht unerhebliche Gerichtskosten erwachsen würden.

Weitere Mahnungen ergehen nicht.

Jugendamt Kreuzberg, Krüppelfürsorge.

Wir wissen nicht, ob Wilhelm Schulze erwerbslos ist oder ob er noch im Betrieb steht. Das ist übrigens auch ganz belanglos. Eine solche Kostenschuld kann heute überhaupt kein Werktätiger mehr zurückzahlen. Beschämend und empörend ist nur dabei, daß ein Proletarier, der im Interesse der Gesundung seines Kindes alles getan hat, was in seinen Kräften stand, nun auch noch die Gerichtskosten übernehmen soll. Zweitens, daß in den städtischen Siedlungen die Miete für jede Wohnung um 30 Prozent gesenkt wird. Dieser Antrag wurde im Stadt-Gemeindeausschuß mit den Stimmen der SPD. abgelehnt.

Wir fordern die Eltern der an spinaler Kinderlähmung erkrankten Kinder auf, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern sich zusammenzuschließen, um gemeinsam mit den bürgerlichen Sozialdemokraten im Stadtgemeindeausschuß für die Krankenhauskosten gepfändet werden soll!

Dr. med. Wilhelm Sander.

Letzter Weg unseres Kameraden Borowski

Der in der Nacht vom Sonntag zu Montag von Nazistreikbrechern in Eichstädt meuchlings ermordete Landarbeiter Otto Borowski wurde heute unter starker Beteiligung der Belegschaft, Eichstädter und Behlefanzer Arbeiterbevölkerung zu Grabe getragen.

Die Landgendarmerie war sehr stark aufmarschiert und verhaftete den Genossen Krause, der am Grab sprechen wollte. Nach Feststellung der Personalien mußte man ihn aber durch den Protest der vielen Anwesenden wieder freilassen. Mit „Rot Front" wurde die eindrucksvolle Kundgebung gegen die faschistische Mord- und Streikbrecherbande am Grabe des toten Klassenkämpfers beendigt.

SPD.-Stadtrat Zachow für Erwerbslose „nicht zu sprechen"

(Erwerbslosenkorrespondenz.)

Gestern morgen fanden sich 30 Erwerbslose mit Säcken versehen auf dem Wohlfahrtsamt Kottbuser Damm ein, um die vom Stadtparlament für die Erwerbslosen bewilligten städtischen Kartoffeln zu holen.

Stadtrat Zachow war aber für uns Erwerbslose nicht zu sprechen. Sein Vertreter wollte uns weismachen, daß wir an der falschen Adresse wären, und daß der Beschluß des Stadtparlaments auch gar nicht genüge, sondern der Zustimmung des Oberbürgermeisters und Magistrats bedürfe.

Erwerbslose, laßt nicht locker, eure Forderungen zu erheben. Wir wollen nicht länger mit leerem Magen zusammensein.

Als wir darauf beharrten, den Stadtrat Zachow zu sprechen, ließ dieses sozialdemokratisch geleitete Wohlfahrtsamt die Polizei holen.

L. S.

Ergebnis des Hungerstreiks der Scottsboro-Angeklagten

Der Hungerstreik der Scottsboro-Angeklagten und das energische Auftreten des Rote-Hilfe-Verteidigers, Genossen Leibowitz, haben bewirkt, daß der Vorsitzende Richter in der gestrigen Verhandlung von seinen auch für Moskau ungeheuerlich harten Maßnahmen gegen die Angeklagten abgelassen hat.

Zu Beginn der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Leibowitz für den Angeklagten Patterson, der verhaftet wurde, weil er zur Verhandlung erschienen war, einen Haftentlassungsantrag. Der Vorsitzende bemerkte: „Das war ja bloß eine Ordnungsstrafe." Also eine ganz neue Methode, Ordnungsstrafen über Gefängnis zu verhängen. Nach der Prozeßordnung müssen dann die Verhängung der Haftentlassung folgen.

Tatsächlich ging hiermit auch der leitende Grundsatz, den Angeklagten während der Verhandlung kein Wasser zu geben, ob und gestatten, „daß ein halbes Glas Wasser verschüttet werden dürfte." (!)

Der Zustand des kranken Angeklagten Patterson hat sich erheblich verschlimmert. Nach seiner Verurteilung erbrach er sich gestern plötzlich und die Verhandlung mußte unterbrochen werden. Sein Offizialverteidiger Wirgand hat einen Haftentlassungsantrag für ihn gestellt. Die Verhandlung wird am Montag um 9 Uhr, Neues Kriminalgericht, Turmstraße, Saal 601, fortgesetzt.

UNSERE TOTEN

Der Genossenschaft entreißt ein tückisches Verhängnis [illegible] Karl Wiesike starb am Sonnabend, dem 22. Oktober, [illegible] Uhr im Krankenhaus Moabit. Genosse Wiesike war [illegible] Leser [illegible] und [illegible] Mitarbeiter unserer Zeitung. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.